

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis monatlich 50 P., 1/2jährlich 1.50 A. pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 A.

„Die Neue Welt“ (Unterhaltungsbeilage), durch die Post bezogen, kostet monatlich 10 P., 1/2jährlich 30 P.

Die Welt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Desslich-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeit, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegraphen-Adresse: Wolffsblatt Halle-Saale.

Telephon-Nr. 1047.

Nr 54

Halle a. S., Dienstag den 6 März 1900.

11. Jahrg.

Arbeiter: Gedenkft der streikenden Bergleute!

Deutscher Reichstag.

159. Sitzung.

Sonntag, den 3. März 1900. 1 Uhr.

Im Bundesrat: Herr v. Zhiemann.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats der Einnahmen, an

Zölle, Verbrauchssteuern, Abgaben

und Stempelabgaben. Zu dem Titel „Zölle“ beantragt die Kommission: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, auf eine Abänderung des § 57 Abs. 1 des Zolltarifs Gesetzes hinzuwirken, insbesondere auf Aufhebung des für die Ausfuhrgegenstände von Schiffen bestehenden Zollfreies.

Abg. Zsch (Centr.) giebt der Befürchtung Ausdruck, daß durch das neue Zöllexequation die besseren Sorten Getreide vom Export ausgeschlossen werden würden. Die Resolution bitte ich anzunehmen, da die Zollfreiheit für Ausfuhrgegenstände von Schiffen zu weit ausgedehnt wird.

Abg. Graf Schwerin-Kosow (son.): Die Befürchtung, daß einzelne Mühlen durch das neue Regulator geschädigt werden würden, ist unbegründet. Weiter fordert Redner Aufhebung der Mühlenrenten und gemildert Transilvanien. Die Landwirte schärfen erwartungsvoll die Befürchtung bei Erfüllung des neuen Zolltarifs (Bravo! rechts).

Reichssekretär Herr v. Zhiemann: Die Landwirtschaft kann überaus sein, daß die Regierung für bei Aufstellung des Zolltarifs das gleiche Wohlwollen entgegenbringen wird, wie anderen Interessententeilen.

Abg. Broemel (Fr. Wg.): Die gemildert Transilvanien liegen im Interesse derjenigen Kreise, die an Deutschlands internationalen Handelsverkehr beteiligt sind. Der einzige Grund, der für die Aufhebung der Zollfreiheit für Schiffsaumaterial vorgebracht ist, war der Hinweis auf den großen Umfang der Einfuhr solcher Materialien. Die Tatsache aber, daß § 5, in dem die Einfuhr verboten wird, beweist, daß Deutschland den Bedarf nicht decken kann. Wenn die Zollfreiheit aufgehoben wird, so wird § 5, der in Wien in Steyerland gegenüber dem Freihafen in Gomburg schwer geschädigt. Die beteiligten Kreise sind gar nicht gefragt worden, während sonst die Zolländerungen die unmittelbaren amtlichen Ermittlungen angeht. Wer bitte das Haus, die Resolution anzunehmen.

Abg. v. Staudorf (Reichsd.): Der große Eisen-Erport Deutschlands beweist, daß Deutschland durchaus in der Lage ist, den gesamten Bedarf an Eisen zu decken. Seit der Zeit, als die Zollfreiheit eingeführt wurde, hat sich die Schiffsaumaterialindustrie wesentlich entwickelt. Der internationale Getreidehandel misse geschäft werden, meine Herr Brömel. Das kann nur geschehen zum Schaden der Landwirtschaft. Herr Zhiemann hat zwar der Landwirtschaft sein Wohlwollen ausgesprochen, hat aber die Befürchtung der gemildert Transilvanier gar nicht erwähnt. Schließlich wird die Regierung endlich dazu gedrängt, der Landwirtschaft nicht mehr entgegen zu kommen. (Bravo! rechts).

Abg. Zsch (Centr.) bemerkt gegenüber dem Abg. Staudorf, daß der Abg. Freie in der Kommission gegen die Resolution entschieden Einspruch erhoben hat.

Abg. Brömel (Fr. Wg.): Ich würde mich der Resolution anders gegenüberstellen, wenn nach ihr Erhebungen in dieser Frage angeht werden sollten. Das dies nicht der Fall ist, bitte ich, der Resolution nicht zuzustimmen.

Abg. Herr v. Wangenheim (B. d. W.): Ich stelle fest, daß der Staatssekretär die Kommission die Frage des Ertrags Schmelze schuldig gelassen ist. Die Landwirtschaft weiß nun, was sie von den nächsten Handelsverträgen zu erwarten habe. (Bravo! rechts).

Staatssekretär Herr v. Zhiemann bemerkt, er hätte ja doch nur die Antwort wiederholen können, die der Herr Reichskanzler im vergangenen Jahre erteilt habe.

Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt. Zum Titel

Zuckersteuer

beantragt die Kommission eine Resolution, nach der die verschiedenen Regierungen anordnen sollen, daß der Verkauf der künftigen Zuckerrüben in die Zuckerfabriken bewirkt werde mit der Maßgabe, daß sie nur auf ärztliche Anordnungen ausgehen dürfen.

Abg. Dr. Baasche (natl.): Ich möchte darauf hinweisen, daß Amerika neuerdings die Kränienurschläge, besonders Belgien und Dänemark, in ernstlicher Herabsetzung hat, ebenig Kränienurschläge gegenüber. Die Regierung möge dafür sorgen, daß das auch Deutschland gemildert geschieht.

Staatssekretär Herr v. Zhiemann erwidert, daß die Reichsregierung beabsichtigt ist, die Weißbieruntersuchung auch für sich überall zu verlangen. Das sei vom Regierungsrat schon mehrfach mit aller Schärfe betont worden.

Abg. Wurm (son.): Von der Kommission ist die Resolution, die das Sacharin dem Apothekenswange unterwerfen will, zwar angenommen, aber die Fraktionen haben dazu gemiß noch nicht alle Stellung genommen. Ich beantrage daher, die Befürchtung bis zur 3. Lesung auszusprechen. Das Sacharin wird für den Verbrauch zu verwenden, geht zu weit. Wird das Sacharin als Ersatz für Zucker und als solcher für ebenig nahrhaft wie Zucker beschieden, so haben wir keinen Anlaß, ein gesetzliches Verbot dagegen auszusprechen. Dafür genügt das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. Ich spreche mich also verbindlich gegen die Resolution aus. Meine Fraktion wird zu dieser Frage demnächst noch Stellung nehmen.

Abg. Graf Stolberg (son.): Das Sacharin schädigt mit seiner Konkurrenz die Zuckerrubrikation und die Gesundheit des Volkes. Das Gesetz von 1893 hat sich als völlig unzureichend erwiesen. Ein Verbot des Sacharins wider den Schmelze begünstigen, es bleibt also nur eine sehr hohe Steuer übrig, und zwar muß diese nach dem Eignert berechnet werden.

Außerdem muß das Sacharin dem Apothekenswange unterworfen werden.

Abg. Verms (Frei. Volksp.): Ich behalte mir vor, auf die Ausführungen des Vordrängers näher einzugehen, wenn sich meine Fraktion über ihre Stellung zu der Resolution schlüssig gemacht hat.

Abg. Baasche (natl.): Gerade in den ärmeren Schichten werden diese merkwürdigen Zusätze konsumiert. Man muß das dafür sorgen, daß nicht der Unerfahrenheit dieser Leute Mißbrauch getrieben wird. (Zehr richtig! rechts).

Abg. Sahn (midloni.): Am Interesse der ärmeren Bevölkerung, damit man insbesondere den Kindern nicht durch Verabreichen von Sacharin statt Zucker einen wichtigen Nährstoff entzieht, bitte ich, die Resolution bei der dritten Lesung anzunehmen.

Abg. Müller-Sagan (Frei. Volksp.): Wir werden einen Weg finden müssen, um Zuckerrüben zu vermeiden und das andererseits das Sacharin zu beschaffen freigegeben wird.

Abg. Wurm (son.): Der schmelze Feind des Zuckerbedarfes ist die Zuckerverfeinerer. In dem Augenblick, wo diese aufgehoben wird, wird sich auch der Konsum des Zuckers in der ärmeren Bevölkerung heben. Durch Ihre Steuer machen Sie es den armen Leuten unmöglich, soviel Zucker zu genießen, wie sie brauchen könnten. Die Argumentation, daß das Sacharin zu Verfälschungen benutzt werden würde, ist nicht stichhaltig, dann müßte man § 5, auch das Wasser verbieten, weil es zum Verfälschen von Wein gebraucht wird. Die gewerbliche Verwendung des Sacharins ist ja bereits jetzt durch Gesetz unmöglich gemacht. Wir werden uns nur gegen den Eingriff in die Wirtschaftlichkeit der Sacharin verwenden. Ich möchte das Reichsgesundheitsamt bitten, uns mitzuteilen, wie weit die Gesundheitschädlichkeit des Sacharins geht. Der Hauptgrund dafür, daß man jetzt Sacharin verbieten will, liegt in der getriggerten Zuckerverfeinerung. Das einzige richtige Mittel, den Zuckerkonsum zu heben, ist die Aufhebung der Zuckersteuer. (Zehr richtig! b. v. Sahn.) England verbietet nur die gewerbliche Verwendung des Sacharins bei der Bierbereitung, die Verwendung in Privatbetrieben ist nicht verboten. Herr Sahn meinte, der Begriff des Privatverbrauches sei nicht abzugrenzen, der Bier könne seinen Werten mit Sacharin gesüßter Kaffee vorziehen. Das ist nicht möglich, der Zucker wird doch immer extra geliefert.

Abg. Dr. Sahn (b. f. S.): Glauben Sie doch nicht, daß wir als Majorität so sehr für Verbeibehaltung der Zuckersteuer sind. Das ist nur ein aus falschen Gründen.

Der Titel Zuckersteuer wird bewilligt. Die Abstimmung über die Resolution findet erst in dritter Lesung statt. Es folgt der Etat der

Stempelabgaben.

Die Budgetkommission hat die Annahme der Stempel für Lotterielose von 17 988 000 M. auf 18 904 000 M. erhöht.

Abg. Graf Stolberg-Wernigerode (son.) beantragt, den Steuerbetrag für jede öffentliche Lotterie von 10 vom Hundert auf 20 vom Hundert zu erhöhen.

Der Antrag der Budgetkommission wird angenommen, die Abstimmung über den Antrag Stolberg wird bis zur dritten Lesung ausgesetzt.

Der Etat der Stempelabgaben wird bewilligt. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

15. Sitzung, Dienstag 1 Uhr. (Gesetz über die Konjunkturgewaltigkeit, Petitionen.)

Schluss 5/4 Uhr.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 5. März 1900.

Die chronische Beschlußunfähigkeit des Reichstags ist wieder einmal ein von den Blättern fast aller Parteierichtungen jetzt mit Vorliebe behandeltes Thema. Je weiter ein Blatt nach rechts liegt, desto deutlicher wird natürlich mit diesen Betrachtungen die Etische gegen das allgemeine und gleiche Wahlrecht verbunden. Man stellt sich so, als ob das Wahlrecht ein Verbrechen des fortgesetzten lässlichen Verfalls des Reichstags wäre. Nicht ist verkehrter als diese Behauptung. Das freierliche dabei ist, daß die Zeitungsblätter in diesem leiblich die Dialektik zeigen. Es ist in der That auch eine Zumutung sonderlichen, von den Reichstags-Abgeordneten zu verlangen, aus eigenen Mitteln die Kosten des Aufenthaltes in Berlin zu betreiben, während die Landtags-Abgeordneten, selbst für die Wochen, in denen sie unentgeltlich oder entschuldigt von Berlin wegbleiben, pro Tag 15 M. Diäten erhalten. Wiederholt hat der Reichstag mit an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit den Beschluß gefaßt, die Regierung sollte ein Gesetz über die Diätenszahlung vorlegen, doch jedesmal ist der Beschluß unbeschadet geblieben. Selbst wenn jedes Jahr 150 Sitzungen, für welche Diäten zu zahlen wären, stattfänden und wenn — wie im Landtage — auch die nichtanwesenden Abgeordneten Diäten erhalten, was aber gar nicht verlangt wird, so betrüge die Gesamtanzahl bei 20 M. täglich für jeden der 397 Abgeordneten, nicht niedriger 1 200 000 M., was bei einem Budget von gegen 1300 Millionen absolut nicht in Betracht kommen könnte. Statt dieses einfachen Wegs, die Beschlußunfähigkeit dauernd zu beseitigen, zu bekämpfen, läßt die Regierung den handlungslosen Zustand der chronischen Verweigerung. Das freierliche dabei ist, daß die Zeitungsblätter, gegen welche die Dialektik in erster Linie gerichtet gewesen ist, am wenigsten davon betroffen sind. Häufig genug kommt es vor, daß die sozialdemokratische Fraktion, die nur den siebenten Teil des Hauses ausmacht, von den im Sitzungssaal Anwesenden den vierten, ja dritten Teil ausmacht, wozu allerdings bei einer Mitgliederzahl des Reichstags von 30 bis 40 Mitgliedern

nicht viel gehört. — Ein Umstand darf allerdings nicht verschwiegen werden, der das Uebel minder groß erscheinen läßt. Die Beschlußunfähigkeit tritt nicht nützlich einseitig nur auf die zweiten Lesungen, deren Beschluß nicht ausfallen können, sondern auch auf die ersten Lesungen der Vorlagen auf der Tagesordnung stehen, ist in der Regel das Haus beschlußfähig. Dieser Umstand läßt, wie gesagt, das Uebel minder gefährlich erscheinen, trotzdem aber muß wieder und wieder geordert werden, daß auch für den Reichstag die Diätenszahlung eingeführt wird. Es ist eine einfache Anstandsfrage für die Regierung, das endlich zu thun.

Ein Flottenkaiser. Wolffs Deutschenbureau meldet aus Konstantinopel: Der Feldadjutant des Sultans, Kalau vom Sofe-Bacha sprach gestern Abend vor über 100 Mitgliedern des Flottenvereins über die Notwendigkeit der Vermehrung der deutschen Flotte. Nach Beendigung des Vortrages wurde an Sr. Majestät Kaiser Wilhelm ein Solingungstelegramm abgesandt. Der deutsche Botschafter Herr von Marshall sprach dem Vortrage seinen Dank aus; Kalau vom Sofe-Bacha erwiderte mit einem Hoch auf den Botschafter.

Die Depesche, welche an Kaiser Wilhelm abgesandt lautet: Sr. Majestät, als dem erlauchtesten Führer des Vaterlandes auf dem Wege wahrer Größe und friedlicher Entwicklung unserer Weltinteressen, begrüßen ja und die um den kaiserlichen Botschafter verammelten Mitglieder des Flottenvereins. Ueberzeugt von der Notwendigkeit einer starken Flottenvermehrung sehen alle heiligen Deutschen darin die Vollendung und Krönung des von Sr. Majestät dem Kaiser Wilhelm dem Großen und seinem Kanzler begonnenen und von Sr. Majestät herrlich fortgeführten Werkes der Mächtenhaltung des Deutschlands auf dem großen Ozean. Im Namen des Flottenvereins in Konstantinopel: Kalau vom Sofe.

Vollstbegeisterung für die Flotte. In Frankfurt a. O. war es. Seit Tagen war durch große Plakate betagte gegeben worden, daß der Marinekaplan Anka über die Flottenvermehrung in einer großen Volksversammlung predigen würde; auch die Verkaufblätter hatten erziehbildend die Reformzettel gerichtet. Da kam der große Abend heran. Der große Saal war schnell erleuchtet. Die Macher waren da; heller erwarteten jähzubereit die Menge, die da kommen sollte. Die Eröffnungshunde war vorüber. Gymnasialisten waren in genügender Zahl anwesend! Aber das Volk, das Volk! Es kam nicht und kam nicht. Endlich konnte man nicht länger mehr warten, und so ließ denn der Marinekaplan seinen Begleitern nur kaum 15 a 20 bis 30 Erwählungen von Stadel. Und die knapp 20 anwesenden Jähre waren Offiziere und Regierungsb Beamte, die reichlich mit Einladungen versehen worden waren.

Flotten-Ringeln. Wie nach der biblischen Sage zu Ringeln möglich ist, so ist es in allen Sprachen zu reden verbunden, so hat die Volksbegeisterung auch den Gemeindevorstand des Vorortes Wilda bei Jochen die Jungs gelöst. Von Haus zu Haus wandert dieser Flottenapostel jetzt mit der Sammelstift und sucht durch eine wohlgeleitete Rede, die ihm von einem höheren Offizier eingerichtet worden sein soll, die Begeisterung für die Flotten-Milliarden anzufachen. Betäubend aber wahr ist es, daß er keine Gespöste macht.

Der patriotische Krupp hat thätiglich, wie der Vorwärts zu enthalten in der Lage ist, sein Nidel-Stahl-Panzer-Gehemnis auch an Amerika und England verkauft. Man erkenne daraus das große Recht, mit dem der Patriot Krupp alle die für halbe Landesverräter in seiner Berliner Werkstatt. Hinten läßt, die nichts von der Flottenverdoppelung wissen wollen.

Die lex Feige und die Hofstolte. Ein Berliner Blatt droht, gegen die bei Hofstolte vorgeführten Damen-toilette auf Grund der lex Feige vorzugehen; denn die Kleider dieser Damen würden, wenn sie in den Schaufenstern ausgestellt würden, zu denen gehören, die das Schamgefühl zu verletzen geeignet sind. — Das Blatt ist ein wenig unklar. Die lex Feige hat doch nur den Zweck im Volke, im gemeinen Volk, die Züchlichkeit zu erhöhen, nicht etwa auch die Züchlichkeit der „besseren“ Kreise. Dem wenn letzteres erreicht würde, dann müßte vor allem der von den Sozialdemokraten eingebrachte Arbeiterge-Paragraf aufreht erhalten werden, welcher den Wählungen die Fräulein schneidet, die als Unternehmer oder Betriebsbeamte ihr wirtschaftliches Uebergewicht mißbrauchen, um die Arbeiterinnen ihren Hüften gefügig zu machen. Aber gerade von diesem Paragrafen wollen weder die Regierung noch die Konventionen etwas wissen.

Die Moralität des Militarismus. Dem Vorwärts wird aus Berlin geschrieben, daß der auch von uns schon gekündert hantler Vorbericht des Generals v. Sittler an sich die Bestimmung enthält, daß einem Offizier der Erlaubsnis zur Weir nicht erteilt werden darf, wenn die Braut außerehelich geboren hat, auch dann nicht, wenn der Charakter der sie zu heiraten wünscht, der Vater des Kindes ist. Diese Bestimmung übersteigt doch wirklich alles bis jetzt Da-

